

Flörsheimer Zeitung

Anzeiger f. d. Rhingau Rheingauzeitung Flörsheimer Anzeiger

Ersteinst: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit Illustr. Beilage) Druck u. Verlag, sowie verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach, Flörsheim a. Rh., Schulstraße. Telefon Nr. 59. Postfachkonto 18867 Frankfurt



Anzeigen kosten die 6-gespaltene Zeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pfennig. Kleinen die 6-gespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfennig. Der Bezugspreis beträgt 90 Pfennig ohne Trägerlohn.

Nummer 47

Dienstag, den 21. April 1931

35. Jahrgang

Die nächsten Aufgaben.

Innen- und außenpolitischer Hochbetrieb in Sicht.

Am Donnerstag dieser Woche soll die erste Sitzung des Reichskabinetts nach der Osterpause stattfinden. Ein umfangreiches Arbeitspensum ist zu erwarten. Infolge einer Zusage des Kanzlers an den Reichsernährungsminister werden in der ersten Sitzung hauptsächlich Agrarfragen, hier in erster Linie wieder Agrarzollvorlagen, welche der Reichsernährungsminister schon vor Ostern dem Kabinett zugeleitet hatte, auf der Tagesordnung stehen. Mit dieser Agrarzollvorlage stehen in Zusammenhang auch die Erörterungen vornehmlich über die Preisfragen, über die wichtigen Fragen der Preispannen.

Diese wichtigen Probleme werden nicht an einem Tage zu lösen sein, so daß wir damit rechnen können, daß auch in den folgenden Tagen Kabinettsitzungen und Ministerbesprechungen stattfinden, in denen auch das gesamte Arbeitsprogramm der Reichsregierung festzulegen ist. Der Reichsarbeitsminister hat mitgeteilt, daß er seine Vorschläge zur Arbeitszeitverkürzung und seine Ansichten über die Sozialreform ebenfalls Ende April dem Kabinett unterbreiten werde. Dann wird sich das Kabinett sofort mit dem Gutachten des Sachverständigenausschusses über die Arbeitszeitverkürzung beschäftigen müssen. Welche Stellung das Kabinett einnehmen wird, ist nicht abzusehen. Doch sprechen gewichtige Gründe dafür, daß in vielen Punkten die Vorschläge dieser Gutachterkommission übernommen werden. Inwieweit eine gesetzliche Regelung in Erwägung gezogen wird, ist ebenfalls noch ungewiß, da die Reichsregierung bestrebt ist, zu versuchen, auf dem Wege gütlicher Vereinbarungen zum Ziele zu kommen.

Ebenso hat der Reichsfinanzminister zugesichert, daß er auch in diesem Monat dem Kabinett seine Vorschläge zur Arbeitszeitverkürzung machen wird, welche durch die Umgestaltung der Reichsfinanzen unter Umständen notwendig werden könnten. Von weiteren Aufgaben, die das Reichskabinett zu erfüllen hat, sind noch zu nennen die Säkularisierung der Reichsschnapssteuern, die Prüfung der Frage, wie den Gemeinden geholfen werden kann, damit sie in die Lage kommen, die Wohlfahrtsaufgaben zu tragen. Dazu kommen die für Anfang der kommenden Woche erwarteten Vorschläge der Gutachterkommission über die Frage der Arbeitsbeschaffung, die Regelung des Baumarktes, und in Verbindung damit der schon im Agrarprogramm vorgesehene Verwendungszweck für inländisches Bauholz.

Die großen außenpolitischen Aufgaben wird das Kabinett gleichfalls schon in der kommenden Woche aufnehmen. Hier geht es um die Vorbereitungen zur Tagung des Europäischen Studentenkongresses, dann des Völkerbundes, des diesjährigen Frühjahrstages des Völkerbundesrates und eine der politisch bedeutsamsten seit Bestehen des Völkerbundes. Er soll sich bekanntlich auch mit dem deutsch-österreichischen Zollunionplan befassen, nachdem England einen dahingehenden Antrag gestellt hat. Deutschland dagegen beantragt, den Plan in Genf im Rahmen der Neuordnung des Europäischen Ausschusses, des Völkerbundesplans mitglied ist, zur Diskussion zu bringen. Es hat mit diesem Antrag der Gegenseite einige Schwierigkeiten bereitet. Ob nun die Aussprache in diesem Sinne oder im Völkerbundsrat stattfinden wird, jedenfalls wird sie sehr interessant werden. Daß Deutschland und Österreich an ihrem Plane festhalten, mag man in Paris so sehr dagegen wettern, ist selbstverständlich.

Inzwischen ist darüber Klarheit geschaffen, daß der österreichische Außenminister Briand versucht, die deutsch-österreichische Initiative zu einem wirtschaftlichen und zollrechtlichen Zusammenschluß durch ein Gegenprojekt zu isolieren. Die Gründe sind neben politischen, hauptsächlich auch persönlicher Art. Briands Autorität hat unter anderem durch das Wiener Zollabkommen eine schwere Wunde erlitten. Er will sich aber die Führung bei der Zollunion nicht aus der Hand nehmen lassen und beschloß zu einem Gegenstoß ausgeht, vor allem dem, damit Frankreich nicht mit leeren Händen nach Genf kommt, wenn es dort sein Veto gegen die deutsch-österreichische Zollunion einlegt und Unterstützung sucht.

Wir kennen den Inhalt des Planes noch nicht. Aber es ist deutlich, daß Briand auf Anregungen reagiert, die von Prag, also von Beneß, ausgehen. In der Hauptsache sind es die großen landwirtschaftlichen Produktionsmittel und Osteuropas, welche für den französischen Markt gewonnen werden sollen, indem man ihnen überlassen wird, daß sie durch besondere Regelungen ihren Ueberfluß an landwirtschaftlicher Produktion in den Weststaaten absetzen könnten. Auf der anderen Seite handelt es sich um Regierungen der mit Frankreich befreundeten Staaten, die als Abnehmer für jene Agrarprodukte in Betracht kommen. Wie aber sollen diese dann in eine Zollunion von Frankreich gebracht werden, der politische Zweck Frankreichs soll durch solche Abmachungen eine wesentliche Stärkung erfahren.

Gewiß ist die Frage einer Unterstützung der osteuropäischen Mächte in der Verwertung der Agrarüberschüsse, die durch sie dann geschaffenen Hebung ihrer Kaufkraft

und Aufnahmefähigkeit für Industrieerzeugnisse ein sehr wichtiges Teilproblem der europäischen wirtschaftlichen Neuorientierung und Sanierung. Aber diese Pläne sind nicht neu. Sie sind auch in der deutsch-österreichischen Zollunion berücksichtigt. Nur gehen die deutschen und österreichischen Anregungen und Vorschläge weiter. Während Briand eine Art geschlossener konkurrierender Staatenkonzerne an die Stelle der jetzt bestehenden Konkurrenz aller Europastaaten untereinander setzen will, wodurch Europa nicht gerettet werden kann, ermahnen Deutschland und Österreich die Völker, sich auf ihre Schicksalsverbundenheit zu besinnen und daraus die Konsequenzen zu ziehen. Man kann aus einem Gesamtkomplex keine Einzelprobleme herausheben, um politische Unbequemlichkeiten zu beseitigen. Darum nehmen wir zwar die Gegenoffensive Briands ernst, beharren jedoch auf unserem Standpunkt, daß sie wirkungslos verpuffen muß, weil niemand uns das Recht nehmen kann, auf wirtschaftlichem Gebiet eigene Wege zu gehen, von denen wir überzeugt sind, daß sie zu dem Endziel der Wirtschaftsaniederung in Europa und damit zu gegebener Zeit auch zur politischen Neuorientierung allein führen können und müssen.

So ungefähr wird die Marschroute lauten müssen für die deutschen Vertreter zu den Genfer Tagungen. — Man sieht, es stehen auch in der Außenpolitik sehr wichtige Fragen für die nächsten Wochen zur Erörterung, und es bedarf auf deutscher Seite höchster Aktivität, aber auch größter politischer und diplomatischer Klugheit, um diese Erörterungen gut zu überstehen. Sowohl in der Innen- wie auch in der Außenpolitik steht demnach Hochbetrieb bevor!

Eine Arbeitsbörse für Europa

Vorschläge von Albert Thomas zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Genf, 20. April.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, hat als Grundlage für die Vorschläge, die der Verwaltungsrat im Europaausschuß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit machen soll, eine Denkschrift eingereicht, in der bemerkenswerte Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit behandelt werden. Albert Thomas macht zunächst den Vorschlag, unverzüglich eine Europa-Arbeitsbörse zu schaffen. Es soll sich dabei um eine Art „Clearing“-Haus zur Unterbringung der europäischen Arbeitslosen handeln. Was für den Kauf und Verkauf bestimmter Industrieerzeugnisse möglich sei, müsse ebenso für die Unterbringung der Arbeitslosen und für die Schaffung geeigneter Arbeitsbedingungen möglich sein.

Eine solche europäische Arbeitsbörse würde die europäischen Völker daran gewöhnen, die Frage der Unterbringung der Arbeitslosen als eine allgemeine europäische Frage zu betrachten. Die europäische Arbeitsbörse könnte unverzüglich geschaffen werden. Sie würde sich durchaus im Rahmen der Gesetze der einzelnen Länder halten, in denen der Arbeitsmarkt vor einem nicht gewünschten Zustrom fremder Arbeitskräfte geschützt werde.

Öffentliche internationale Arbeiten.

In der Denkschrift wird ferner zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Vergabe großer öffentlicher Arbeiten in gemeinsamer Zusammenarbeit der europäischen Regierungen vorgeschlagen. Die Vergabe solcher Arbeiten würde im Interesse der einzelnen Länder liegen, da damit große Aufträge an die einzelnen Industrien verbunden wären. Ferner würde ein solches Vorgehen den großen moralischen Vorteil haben, einen „europäischen Geist“ zu schaffen. Zunächst könnte zum Beispiel

ein großes europäisches Straßennetz

geschaffen werden, um den Anforderungen des europäischen Kraftwagenverkehrs zu entsprechen. Es könnten direkte Automobilstraßen zwischen Paris—Wien—Athen, ferner Paris—Berlin—Warschau—Moskau, eine Verkehrsstraße über die Alpen sowie eine Verkehrsstraße zwischen dem Balkan und den baltischen Ländern geschaffen werden. Weiter wird die

Erweiterung des europäischen Flußnetzes

durch Herstellung einer Verbindung zwischen dem Rhein und der Rhone sowie ein Anschluß des norddeutschen Flußnetzes an die Donau empfohlen. Diese Verbindungen würden zweifellos günstige Rückwirkungen auf die Entwicklung des europäischen Handels zwischen Nordeuropa und Zentraleuropa haben. In der Denkschrift wird auch die Frage einer internationalen

Verteilung der elektrischen Energien

berührt. Zum Schluß wird hervorgehoben, daß die bereits seit langem erörterte Frage der Einführung der automatischen Kupplung im Eisenbahnverkehr nach bisherigen Feststellungen 600 000 Arbeiter für die Dauer von fünf Jahren beschäftigen könnte.

Albert Thomas stellt abschließend fest, daß er sich lediglich darauf beschränkt habe, unmittelbar wirksame und sofort durchführbare Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu empfehlen, ohne weiterlie-

gende und länger dauernde Maßnahmen, wie die Frage der Arbeitszeit und der Löhne, zu behandeln.

Er schlägt vor, unverzüglich einen Sonderausschuß aus drei Mitgliedern des Europa-Ausschusses und drei Mitgliedern des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes einzusetzen, der die Frage der Schaffung einer europäischen Arbeitsbörse, wie überhaupt die Regelung der Arbeitslosenfrage in Europa zu behandeln hätte.

Ein weiterer Sonderausschuß aus Vertretern des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes müßte ferner ein umfassendes Programm für die Vergabe großer öffentlicher Arbeiten in Europa ausarbeiten.

Französisches Interesse für Ostpreußen

Warum in Königsberg ein hauptamtliches Konsulat?

Königsberg, 20. April.

Wie man erfährt, haben die drei französischen Offiziere nach ihrer Freilassung Sonntag früh ihren Plan, das Gelände der Festung Pillau zu besichtigen, aufgegeben, offenbar nachdem sie eine entsprechende Weisung aus Berlin erhalten haben. Nichtsdestoweniger haben sie ihre Reise zum Besuch der ostpreussischen Schlachtfelder fortgesetzt.

In politischen Kreisen Königsbergs ist das Befremden hierüber außerordentlich groß. Man hätte zum mindesten erwartet, daß die französische Regierung auf Grund des deutschen Schrittes die Offiziere, deren zwei dem Geheimdienst angehören, abberufen hätte.

Die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ bringt unter der Ueberschrift: „Ostpreußen verlangt Sühne“ einen Leitartikel zum Spionage-Zwischenfall. Jetzt wissen wir endlich, so sagt das Blatt, warum Königsberg ein französisches hauptamtliches Konsulat habe, obwohl die Notwendigkeit eines ausländischen Konsulats in Ostpreußen gar nicht gegeben sei, und das jedenfalls gar nichts zu tun habe.

Dagegen sei es ein offenes Geheimnis für den Eingeweihten, daß das Konsulat ein nach Ostpreußen vorgeschobener französischer Beobachtungsposten sei, der vielleicht mancherlei Verbindungsdiens zum polnischen Verbündeten zu leisten habe.

Diese Vermutung sei durch den Spionage-Zwischenfall deutlich zur Gewißheit geworden. Der Vorfall beweise, daß eine unterirdische Militärkontrolle in Deutschland weiterhin bestehe. Die ostpreussische Reichswehr habe nichts zu verbergen. Sie habe oft genug ausländische Gäste gehabt. Es sei aber unerhört, daß die Provinz in so schlimmer Weise provoziert worden sei.

Spionage erwiesen!

Was die beschlagnahmten Filme zeigen.

Die den französischen Offizieren in Königsberg abgenommenen Aufnahmen sind nunmehr entwickelt worden.

Die Bilder zeigen Festungsanlagen und ferner Truppenabteilungen, die mit einem Gerät üben, dessen Geheimhaltung anderen Staaten gegenüber im Interesse der Landesverteidigung unbedingt erforderlich ist. Es handelt sich um ein neues Zielinstrument, das auf die Geschütze aufgesetzt wird. Die Aufnahmen haben offenbar den Zweck gehabt, Art und Verwendung des Zielinstruments kennen zu lernen.

Sie sind teilweise durch einen Zaun hindurch gemacht worden, zeigen also Leihungen auf dem Kasernenhof und nicht etwa auf einem dem Publikum zugänglichen freien Platz. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß jede Zivilperson, die bei Handlungen angetroffen würde, wie sie die französischen Offiziere in Königsberg sich haben zuschulden kommen lassen, wegen Spionageverdachts festgenommen werden würde.

In diesem Zusammenhang muß noch einmal darauf hingewiesen werden, daß die betreffenden Offiziere zur Spionageabteilung des französischen Generalstabes gehören.

Die Industrie-Spionage in Deutschland.

23 Entlassungen bei J. G. Farben.

Frankfurt a. M., 20. April.

Die Pressemeldungen über die Ausdeckung eines weitverzweigten Spionagenetzes über große deutsche Industrieerträge, insbesondere solcher der chemischen Industrie, wurden durch die amtlichen Mitteilungen im vollen Umfange bestätigt. Die Verbindung von der kommunistischen Internationalen und der RGO. (Revolutionären Gewerkschaftsopposition) angehörenden Spionen mit ausländischen Auftraggebern kann somit nicht länger bezweifelt werden.

Neben genauen Angaben über die Herstellung von bestimmten Produkten wurden u. a. in Fragebögen Angaben über ein bestimmtes Produkt verlangt, bei dem Versuche im Gange sind, die enormen Transportkosten durch Auffinden eines neuen chemischen Verfahrens auf ein Minimum zu beschränken. Außerdem sollten Beobachtungen über die Feuerungsarten, Rohmaterialien, Beschaffenheit der Ofen, Höhe der Temperaturen, Angaben über Teile der technischen Apparaturen, Einzelheiten über die Behandlung des Ma-

Aus der Umgegend

Hochheim a. M., den 21. April 1931

Motor-Feuerlöschspritze. Die Motor-Feuerlöschspritze, deren Anschaffung von den städtischen Körperschaften einstimmig genehmigt wurde, ist jetzt eingetroffen und wird am Samstag einer Probe unterzogen werden, die zur allgemeinen Zufriedenheit ausfiel. Zu diesem Akt nahmen folgende Herren teil: Landrat Apel, Landrat Plewe-Wiesbaden, Feuerlöschdirektor Ingenieur Spiß, Kreisbrandmeister Ehrig-Höchst, Kreisverbandsvorsitzender Schmidt und Vertreter der hiesigen Freiwilligen Feuerwehr und der städtischen Körperschaften. Die Spritze wurde von der Firma Meyer in Hagen durch den Landesbrandmann der Nassauischen Brand- und Versicherungsanstalt in Wiesbaden und zeigt eine tadellose Ausführung. Seit Jahren wurde die Gemeinde angegangen, eine Motor-Feuerlöschspritze zu beschaffen. Die Sache wurde stets zurückgestellt, da die hiesige Wehr auf dem Höhepunkt steht und seit dem Jahre 1924 größere Brände nicht vorgekommen sind. Auch die Wasserleitung einen guten Druck. Landrat Apel aber wies darauf hin, daß bei einem Feuer auch die Gefahr der Brandstiftung auszunutzen sei, was nur durch eine Motor-Feuerlöschspritze möglich ist. Ferner wurden der Gemeinde für die Anschaffung günstige Bedingungen gestellt. Die Spritze kostet mit Zubehör (Schläuche: pp.) 3800.— M. und geht an eine Prämie der Nassauischen Landeskasse in Höhe von 600.— M. Ferner erhält die Gemeinde aus dem Reservefonds der Nass. Brand- und Versicherungsanstalt einen Zuschuß von 2400.— M., das innerhalb 8 Jahre zurückzuzahlen und mit nur 4 Prozent zu verzinsen ist. Weiter wird der Kreisausschuß eine Beihilfe von 600.— M. geben, sobald finanzielle Seite recht günstig ist. — Die Spritze wird in der Höhe von 400 Liter mit einer Saugkraft von 8 Meter aus. Durch mehrere Schlauchleitungen kann der Brand von verschiedenen Seiten angegriffen werden. Wird die Spritze an die Wasserleitung angeschlossen und voll ausgenutzt, verbleibt immer noch soviel Druck in der Leitung, daß ein gleichzeitig ausbrechender weiterer Brand, was vorzukommen, auch dieses Feuer noch mit der Wasserleitung bekämpft werden kann. Die Hauptaufgabe der Motor-Feuerlöschspritze wird aber die sein, in erster Linie nicht Anschlag der Wasserleitung zu suchen, sondern an die Brandwehre, die Leitung frei zu halten und erhöhte Kosten zu ersparen. Diese Neuanschaffung auf dem Gebiete der Feuerlöschtechnik hat das Inventar der Belästigungsmittel dieser furchtbaren Himmelskraft eine weitere schätzenswerte Bereicherung unserer Stadt erhalten. In Verbindung mit der Probe wird hier gleichzeitig zwei Tagungen statt betreffend Unterwerfungsklasse für die Feuerwehr.

Frankfurt a. M. Die Gaue Hessen und Hessen-Nassau im Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsinvaliden und Kriegerhinterbliebenen veranstalteten in Frankfurt eine Massenkundgebung gegen den drohenden Hunger. Der Andrang aus allen Teilen Hessens und Nassaus war so stark, daß der große Saal des Schauspielers nicht alle fassen konnte und eine Pausenversammlung im Hippodrom abgehalten werden mußte. Im ganzen mögen es 12 000 Männer und Frauen gewesen sein, die dem Ruf des Bundes gefolgt sind.

Konferenz beim Oberpräsidenten. In einer unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau, Haas, in Anwesenheit des Regierungspräsidenten Dr. Friedensbusch abgehaltenen Konferenz der Landräte und der selbständigen Polizeimeister des Regierungsbezirks Kassel wurde die Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 nebst Ausführungsmaßnahmen durchgesprochen. Dabei wurden die in der Verordnung hervorgehobenen Schwierigkeiten besonders eingehend behandelt, um zu einer einheitlichen Linie zu gelangen.

Frankfurt a. M. (Starkes Ansteigen der Selbstmordziffern.) Im Jahre 1931 haben die Selbstmorde in Frankfurt bedenklich zugenommen. Im vierten Vierteljahr zählte man gegen die gleiche Zeit des Jahres 36 Selbstmorde mehr. Bis zum 17. April 1930 betrug die Zahl der Selbstmorde in Frankfurt 39. Im Jahre 1931 waren es bereits 76, das Doppelte.

Mainz. (Für das Pädagogische Institut.) Der Finanzausschuß hat nunmehr die Mittel für die Wiederherstellung des Gebäudes der ehemaligen Holztorfschule, das künftig das hessische Pädagogische Institut aufnehmen soll, bewilligt. Hierbei wurde von allen Fraktionen festgestellt, daß es nicht verstanden werden kann, daß die Frage der Zusammenlegung des hessischen Pädagogischen Instituts in Mainz im übrigen Hessen zu einer parteipolitischen Streitfrage gemacht worden ist. Wenn Gießen mit Oberhessen Sitz der Landesuniversität und Darmstadt mit Starkenburg Sitz der Technischen Hochschule ist, kann es nicht als unbillige Forderung bezeichnet werden, daß Rheinhessen und die Stadt Mainz ebenfalls ein akademisches Institut erhalten sollen.

Mainz. (Wie die Zollbehörde betrogen wurde.) Bei der Berechnung des Einfuhrzolls für französische Automobile besteht eine sogenannte Tausendkilogrammgarantie, d. h. für Automobile von über 1000 Kilogramm Gewicht wird ein niedrigerer Einfuhrzoll erhoben. Der Kaufmann Schreiber in Worms wurde beschuldigt, sich in den Genuß dieser Zollvergünstigung dadurch gesetzt zu haben, daß er zwei Automobile durch Eingießen von Blei in die Benzintanks und andere geheime Gewichte so beschwert habe, daß sie mehr als 1000 Kilogramm wogen. Es konnte zwar dem Angeklagten nicht nachgewiesen werden, daß er diese Gewichtszunahme veranlaßt habe, jedoch wurde er, da sich die falsch verzollten Automobile in seinem Besitz befanden, wegen Hinterziehung von Zoll zu der gezeigten vorgeschriebenen vierfachen Strafe und Beschlagnahme der Automobile verurteilt.

Kerzehenonore und Wirtschaftslage.

Darmstadt. Die hessische Ärztekammer hat zu der Frage der Arztgebühren in der Privatpraxis Stellung genommen, nachdem vorher darüber eine Besprechung des Kammerpräsidenten mit der Ministerialabteilung für öffentliche Gesundheitspflege stattgefunden hatte. Bei der Aussprache in der Kammer Sitzung ergab sich, daß vielfach bereits in den Honorarfragen der Privatpraxis den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung getragen wird. Die Kammer nahm einstimmig folgende Stellungnahme an: „Die hessische Ärztekammer verurteilt jede Ueberbepreisung des ärztlichen Honorars in der Privatpraxis. Sie ersucht die ärztlichen Kreisvereine bei Festsetzung von Honorarrichtlinien der heutigen wirtschaftlichen Notlage gerecht zu werden und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ihrer Klienten tunlichst zu berücksichtigen.“

Ablehnung des Angestellten-Schiedspruchs.

Mainz. Der am 10. April verkündete Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses ist von sämtlichen Angestelltenverbänden des Rhein-Main-Gebietes abgelehnt worden. Die Verbände begründen ihre Stellungnahme damit, daß der Schiedsspruch gegen zwingende gesetzliche Bestimmungen verstöße, aber auch in der sachlichen Entscheidung weit über die bisherigen Schiedssprüche hinausgehe. Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände am Mittelrhein hat den Schiedsspruch angenommen. Nunmehr wird sich der Schlichter mit der Angelegenheit zu befassen haben.

Unna, Westerm. (Bevölkerung gegen Landjäger.) Zu den Vorgängen bei dem Doppelbrand werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Die Frankfurter Kriminalpolizei hat unter Leitung eines Kriminalkommissars ein sogenanntes Brandkommando in den Westermwald entsandt, da bei den Bränden in Unna und einigen anderen Orten des Westermwaldes der Verdacht der Brandstiftung gegeben ist. Bezeichnenderweise sollte die Gastwirtschaft, die in Unna niederbrannte, einen Tag später zwangsversteigert werden. Daß der dringende Verdacht der Brandstiftung berechtigt ist, beweist das Benehmen der Bevölkerung gegen die Landjäger. Ihr war es anscheinend unangenehm, daß die Landjäger in Stärke von acht Mann und einem Offizier so schnell am Brandherd waren. Die an der Brandstätte weilenden Leute, die teilweise damit beschäftigt waren, den Brand zu löschen, wurden gegen die Beamten tätlich, als diese die Brandursache untersuchen wollten. Die But konzentrierte sich in der Hauptfrage auf den Führer der Landjägerbeamten, einen Hauptmann, der durch einen Kammbaum verletzt wurde. Erst als die Beamten in höchster Not die Schußwaffe zogen und zu schießen drohten, gelang es, sechs der Haupttrabanten festzunehmen. Einer wurde am nächsten Tage wieder entlassen, gegen die fünf anderen ist ein Verfahren durch die Staatsanwaltschaft in Limburg wegen Aufruhrs eingeleitet worden.

Turnerhandball.

TV. 1860 Fürth Süddeutscher DT-Handballmeister.

2500 Zuschauer sahen den verdienten 6:3 Sieg des Bayern-Kreismeisters gegen Ehlingen L.u.S.B. Die Fürther waren vor allem in der Stürmerreihe weit besser wie die Ehlinger. Die Plagmannschaft hatte wohl eine leichte Feldüberlegenheit, wußte diese aber nicht auszunutzen, da der Sturm die nötige Durchschlagskraft nicht besaß. Die gute Hintermannschaft der Fürther konnte den Ansturm fast immer abfangen. Mit diesem Siege ist der TV. 60 Fürth süddeutscher DT-Handballmeister geworden.

Hochwasserschulübungen an Rhein und Nahe

Zur Ausbildung, Schulung und Uebung der Nothelfer veranstaltet der Landesverband Hessen (Hessen-Nassau und Hessen) der Technischen Nothilfe mit Unterstützung der zuständigen Wasserbauämter eine in großem Rahmen gehaltenen Hochwasserschulübung an Rhein und Nahe. Außer den Nothelfer-Organisationen von Frankfurt a. M., Offenbach, Hanau, Darmstadt, Bensheim, Worms, Mainz, Wiesbaden, Bingen, Idstein, Bad Kreuznach und Mannheim nahmen auch die örtlichen Sanitätsvereine, die Feuerwehren, Gendarmen u. a. teil. Die Reichsbahn, die Oberpostdirektionen, sowie einzelne Automobilverbände hatten eine großen Wagenpark zur Verfügung gestellt. Zweck und Ziel der Uebung sollte sein, die Nothelfer im Katastrophendienst auszubilden, um sie bei wirklicher Hochwassergefahr zum Schutz von Menschenleben und Hab und Gut einzusetzen. In den besonders durch das Hochwasser gefährdeten Gemeinden Lampertheim am Altrhein, Freiwinkel am Altrhein und Dietersheim an der Nahe fanden die einzelnen Uebungen statt.

Für die Bevölkerung von Lampertheim war der Sonntag ein großes Ereignis. Es war angenommen, daß eine große Ueberschwemmung die Insel Biedenland überflutet und gefährdet hat. Die Aufgabe der Nothelfer war: Bau eines Notheges, Abtransport von Menschen, die durch das Hochwasser auf der Insel gefährdet sind, Ausbesserung des durchbrochenen Damms auf zwei Seiten, Abtransport von Vieh usw. Beim Eintreffen der Regierungsvertreter waren die Arbeiten der Nothelfer bereits zur vollen Zufriedenheit ausgeführt. Die „gefährdeten Menschen“ und das vom Wasser bedrohte Vieh waren bereits in Sicherheit gebracht, die Dämme repariert, mit Sandsäcken abgedichtet und erhöht, die Nothege gebaut, der Arbeiter-Samariterbund hatte die „Verwundeten“ notdürftig verbunden und über die Fähre nach dem Verwundeten-Sammelplatz gebracht. Die Feuerwehr hatte die Absperung übernommen und außerdem für Aufrechterhaltung der Ordnung gesorgt. Sogar eine Fernsprechanleitung zwischen der Insel und dem Festland wurde hergestellt.

Die Vertreter der Uebungsleitung und der Behörden führten sodann in Automobilen nach dem zweiten Uebungsplatz, Freiwinkel. Direkt an der Stelle, an der vor Jahresfrist vier Koblenzer Bahnärzte mit dem Automobil in den Rhein hineinfuhren und den Tod fanden, wurde die zweite Uebung abgehalten. Auch hier war wieder angenommen, daß Hochwasser den Damm gesprengt und den Ort Freiwinkel gefährdet habe.

Die letzte Uebung bei Dietersheim an der Nahe brachte die Aufgabe, den Ort vor den reißenden Hochwasserfluten der Nahe zu schützen. Zum ersten Male wurden hier von Nothelfern Uebungen im Rettungsschwimmen veranstaltet und erste Hilfeleistungen für Ertrunkene gezeigt. Wie in Lampertheim und Freiwinkel arbeiteten auch hier die Nothelfer mit der Feuerwehr und der Gendarmerie den Arbeiter- und Rot-Kreuz-Samaritern in bestem Einvernehmen zusammen, wie überhaupt der Idealismus und die Begeisterung der Teilnehmer an der Uebung bewundernswürdig waren.

Nach dem glänzenden Verlauf der Uebungen, versammelten sich gegen Abend die Nothelfer, Samariter und Vertreter der Behörden in der Festhalle in Bingen, wo allen Teilnehmern aus den Gulaschkanonen der Technischen Nothilfe ein festmähiges Essen geboten wurde. Die Reihe der Reden wurde beschlossen mit einem einstimmig angenommenen Hoch auf die Technische Nothilfe und den deutschen Rhein.

Der Präsident des österreichischen Nationalrates ist gestorben.

Der französische Ministerrat hat unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik getagt. Ueber die sehr wichtigen Besprechungen wird Stillschweigen bewahrt.



UND DER ABEND KANN KOMMEN!

RAMSES

CIGARETTEN

DICK RUND OHNE MUNDSTÜCK

EINHEITS
PACKUNG
40s

Das Doppelleben Kürtens

Im Kürtenprozeß wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Der Untersuchungsrichter referierte ausführlich über die Geständnisse Kürtens. Einleitend ließ er sich über die Psyche des Angeklagten aus, der mit größter Offenheit in der Hauptverhandlung ein bis in die Einzelheiten gehendes Geständnis abgelegt habe. Kürten habe ein höchst eigenartiges Doppelleben geführt. Von Interesse sei, daß er das ursprüngliche Geständnis seiner Verbrechen am 24. Juni, als er seiner Frau gegenübergestellt wurde, widerrief. Er wiederholt auch vor dem Untersuchungsrichter, daß er nicht der Mörder sei.

Zwei Monate lang bestritt er alle Morde.

Es folgte eine Zeit harten Ringens mit Kürten, der eine weit über seine Bildung hinausgehende Intelligenz an den Tag legte. Im August kam es endlich zu einem neuen Geständnis. Die Ueberlegung gab Kürten bis auf den Fall Klein (1913) zu. Später wollte er dies Geständnis einschränken. Er versuchte auch, sich durch Uebertreibungen den Schutz des Paragraphen 51 zu sichern.

Die Frage der Verteidiger, ob auch ohne ein Geständnis eine Ueberführung Kürtens möglich gewesen wäre, bejaht der Zeuge mit der Einschränkung, daß der Beweis in einzelnen Fällen vielleicht nicht reiflos hätte erbracht werden können.

Eine Zeugin, Frau Gundlach, erklärt, daß Kürten ihre Mutter und auch sie selbst oft bedroht und gedemütigt habe. „Er war mit 16 Jahren schon so, wie er heute ist.“ Die beiden Brüder Kürtens und seine Schwester verweigern die Aussage.

Bei Beginn der Vernehmung einer Anzahl Frauen und Mädchen, die von dem Angeklagten in sadistischer Weise behandelt worden sind, bei denen aber kein Mordversuch vorliegt, wird die Deffektivität bis auf die Presse ausgeschlossen. Bemerkenswert sind die Aussagen der Zeugin Frau H., die den Angeklagten im Jahre 1913 kennen gelernt hat. Sie erklärt, daß Kürten ihr gegenüber freundlich gewesen sei, sie dann aber geschlagen habe. Auf die Frage des Staatsanwalts an Kürten, ob er beabsichtige, die Frau zu töten, antwortet der Angeklagte mit Ja.

Der Verteidiger stellt sodann fest, daß diese Zeugin die erste Person gewesen ist, die zur Polizei ging und erklärte, nur Peter Kürten könne als der Mörder von Düsseldorf in Frage kommen. Ihre Angaben sind damals jedoch unberücksichtigt geblieben.

Sodann erstattet Professor Berg-Düsseldorf ein ausführliches Gutachten über die Persönlichkeit des Angeklagten und seine Veranlagung. Er führt aus, daß im Charakter Kürtens eine Unklarheit vorhanden sei, die durch schwere erbliche Belastung entstanden sei. Dazu komme noch ein erheblicher krimineller Hang, geistige Minderwertigkeit, faustische Veranlagung und übertriebenes Geltungsbedürfnis. Die Beobachtungen hätten bestätigt, daß eine allgemeine Geistesstörung im Sinne des Paragraphen 51 bei Kürten nicht vorhanden sei. Zugabe sei, daß bei bewußt eingeleiteten Handlungen das Zwangsmäßige und Unwiderstehliche auf ihn derart eingewirkt habe, daß alle Hemmungsvorstellungen dadurch ausgeschaltet wurden. Kürten habe ein fabelhaftes Gedächtnis, doch müsse er dem Angeklagten einen Affektzustand einräumen.

Der 71jährige Vater des Kürten

wird nunmehr auf Wunsch Kürtens in dessen Abwesenheit vernommen. Er sagt, daß er Kürten nur gezüchtigt habe, wenn er es verdiente. Er wisse von Straßenrüberfällen, aber nichts von der Ermordung der Spieltameraden. Dem Angeklagten werden die Aussagen seines Vaters vorgehalten. Er erklärt aber seine Aussagen als die richtigen.

Die Verhandlung wird dann auf Dienstag vertagt. Es sollen vor allem die Sachverständigen zu Worte kommen.

Eine Viertelmillion kostet der Kürtenprozeß

Die Kosten, die die Vorbereitung der Hauptverhandlung des Kürtenprozesses erforderte, belaufen sich auf 11 000 Mark, die Kosten des gesamten Verfahrens auf rund 250 000 Mark.

Eine Zwölfjährige erschossen.

Berlin, 20. April. In Charlottenburg tötete der 42-jährige Ingenieur Schop durch einen Kopfschuß die 12-jährige Ilse Igallen und verübte dann Selbstmord. Schop hatte in der Württemberger Allee bei der Familie Igallen ein Zimmer gemietet. Er war erst vor einiger Zeit nach Berlin gekommen und ist mit der Familie entfernt verwandt. Der eigentliche Beweggrund der Tat ist noch nicht festzustellen. Schop war nervenleidend. Erst vor kurzer Zeit hatte er eine längere Kur in einer Nervenheilanstalt gemacht. In den letzten Tagen zeigte er auffallendes Interesse für die Einzelheiten des Kürtenprozesses. Die ärztliche Untersuchung der Leiche der kleinen Ilse hat keine Anhaltspunkte für das Vorliegen eines Sittlichkeitsverbrechens ergeben.

Kirchliche Nachrichten für Flörsheim

Katholischer Gottesdienst.

Mittwoch, Schußfest des hl. Josef, 7 Uhr hl. Messe in der immerwährenden Hilfe (Krankenhaus), 7 Uhr für Nikolaus und Katharina Ruppert.
Donnerstag 6,30 Uhr hl. Messe für Georg Duschmann (Krankenhaus), 7 Uhr Amt für den gefallenen Jägerhäcker.
Freitag, 6,30 Uhr Amt für Paul Ropy und Clara, 7 Uhr 2. Seelenamt für Marg. Schwarz.
Samstag, 6 Uhr Brautamt. Darnach Prozession und Familie Stüdt-Martini.

Rundfunk-Programme.

Frankfurt a. M. und Kassel (Südwestfunk).

Jeden Werktag wiederkehrende Programmnummern:
Wettermeldung, Morgengymnastik 1; 6.45 Morgenspielen; 7.15 Frühkonzert; 8.30 Wasserlandschaftsmelodien; 9.15 Wirtschaftsmeldungen; 12 Schallplattenkonzert; 12.45 Nachrichten; 12.55 Rauener Zeitzeichen; 13.05 Schallplattenkonzert; 14.10 Schallplatten; 15.05 Wirtschaftsmeldungen; 15.15 Giegener Wetterbericht; 16.20 Wirtschaftsmeldungen; 16.30 Nachmittagkonzert.

Dienstag, 21. April: 15.20 Hausfrauennachrichten; 15.30 Wirtschaftsmeldungen; 16 Nachmittagskonzert; 18.05 angabe; 18.45 „Deutsche Romanistik“, Vortrag; 19.05 angabe, Wirtschaftsmeldungen; 19.15 Konzert; 19.30 zert (Wojak-Programm); 22.20 Nachrichten; 22.45 Musik; 0.30 Nachtkonzert.

Mittwoch, 22. April: 15.20 Stunde der Jugend, „Ausländischer Kredit“, Vortrag; 18.40 Zeitangabe (aus Mannheim) „B.Z.“, Vortrag; 19.10 Nachrichten; 19.30 Wirtschaftsmeldungen; 19.45 Niederdeutsch; 21.30 Kompositionenabend Igor Strawinskij; 22.30 ten; 22.45 Konzert des Wilbner Quartetts.

Donnerstag, 23. April: 18.15 Vortrag „Rom und Denken“, 18.40 Nachrichten; 18.45 „Modernes Leben“, Vortrag; 19.10 Nachrichten; 19.15 „Der Himmel im Juni“, Vortrag; 19.45 (aus Mannheim) Aus dem von Webers Wanderjahren; 21 „Magdalena“ ein; 22.30 Nachrichten; 22.50 Tanzmusik.

Danksagung

Für die herzliche Anteilnahme bei dem Tode und der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres lieben Vaters, Schwiegervaters, Großvaters, Bruders, Schwagers und Onkels Herrn

Georg Josef Westenberger

sagen wir Allen tiefgefühlten Dank. Ganz besonderen Dank denen, welche die erste Hilfe geleistet haben, sowie dem Turnverein v. 1861 den Kameradinnen und Kameraden des Jahrgangs 1864, dem kath. Leseverein, dem Gesangsverein Volksliederbund, der werten Geistlichkeit, den barmh. Schwestern und der werten Nachbarschaft, ferner allen denen, die dem lieben Verstorbenen die letzte Ehre erwiesen haben. Dank auch für die vielen Kranz- und Blumenspenden.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen
Elisabeth Westenberger Witw.
geb. Richter
nebst Kindern

Flörsheim, Marxheim, Langen, Groß Auheim
den 20. April 1931

Danksagung

Für die uns anlässlich des Hinscheidens unserer lieben Mutter, Frau

Margarete Kaus
geb. Michel

in so überaus grosser Zahl zugegangenen Beileidsbekundungen, sowie für die vielen Kranz- u. Blumenspenden, sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank. Besonderen Dank der werten Geistlichkeit, den barmherzigen Schwestern, der werten Nachbarschaft, den Kameraden u. Kameradinnen des Jahrganges 1864 und allen denen, die der lieben Verstorbenen das letzte Geleit gaben.

Die trauernden Hinterbliebenen

Flörsheim a. M., East Boston U. S. A.,
Hochheim a. M., den 21. April 1931.

Für die uns zur Vermählung erwiesene Aufmerksamkeit

danken herzlichst

Wilhelm Hartmann u. Frau
Käthi, geb. Ditterich

Wiesbaden, im April 1931.
Rüdesheimerstraße 30

Schreibmaschinen-Arbeiten

werden exakt und sauber ausgeführt:
Flörsheim am Main, Karthäuserstraße 6

MAN SCHREIBT HEUTE AUF OLYMPIA!

Industrie, Handel und Behörden

kennen und schätzen
die Vorzüge unserer

Olympia

SCHREIBMASCHINEN
und
BUCHUNGSMASCHINEN
mit „SALDOMAT“

Erleichterte Zahlungsbedingungen

Schreibmaschinen mietweise

Europa Schreibmaschinen A. G.

Verkaufsbüros:

Berlin N 24, Friedrichstr. 110-112. Breslau, Kaiser-Wilhelmstr. 88-90.
Dresden, Neustädter Markt 11. Düsseldorf, Oststr. 51. Erfurt, Mainzer-
hohl 12. Frankfurt a. M., Friedenstr. 2. Hamburg, Kaiser-Wilhelmstr. 25-31.
Hannover, Am Schillgraben 15. Köln, Weisenburgstr. 70. Leipzig C 1,
Augustuspl. 7. Magdeburg, Otto v. Guerickestr. 11. Mannheim N 7, 5.
München, Färbergraben 1. Nürnberg, Marienstorgasse 11. Stuttgart, Tü-
bingerstr. 33. Köln, Hohenzollernring 46

Vertreterbesuch unverbindlich

200

entzückende Modelle
für Ihr neues Kleid nach

BEYERS MODEFÜHRER

Frühjahr / Sommer 1931

Ed. I Damenkleidung 1.90, Ed. II Kinderkleidung 1.50

Beide mit großem Doppelschnittbogen

Verlag Otto Beyer - Leipzig-Berlin



Zarte, weiße Hände

erzeugt, herrlich duftende „Santolina“. Bei aufgesprungenem, rotem, rissiger Haut und bei Frostbeulen dürfte es nie fehlen.

Täglich frisch

Kopfsalbe

Frische dicke

Land-Extrakt

Stück 10 Pf.

Holländische

Subrahman-Butter

vom Block 1/2 Pf.

SAUE

Hauptstr.

Landrat-Schlies

3 Fuhren

M i

zu kaufen ge

Näheres im

Holland.

Butter 1/2 Pfund

la. Tafelbutter

Carl S

Brauchst Du

Farben, Oele,

Pinzel etc. ganz

Sau